Pflege: Richter wollen den Medikamenten-Irrsinn stoppen

Mehr als die Hälfte aller Bewohner in Münchner Heimen schlucken Psycho-Pillen – viele werden so ruhiggestellt. So will das Amtsgericht dagegen vorgehen Von Nina Job

Anna K. (81) wurde mit zunehmendem Alter verwirrter – ein Schicksal, das viele Menschen trifft. Einmal wollte die Heimbewohnerin mit ihrem Rollator eine Treppe hinuntergehen. Dabei stürzte Anna K. (Name geändert) und schlug sich einen Zahn aus. Ein anderes Mal verließ sie alleine das Altenheim, irrte umher und musste von der Polizei gesucht werden.

Ihr Sohn stellte beim Amtsgericht schließlich den Antrag, dass seine Mutter in eine geschlosseñe, beschützende Einrichtung verlegt wird. Eine Richterin vom Betreuungsgericht wollte sich selbst ein Bild machen und stattete der Seniorin einen Besuch ab.

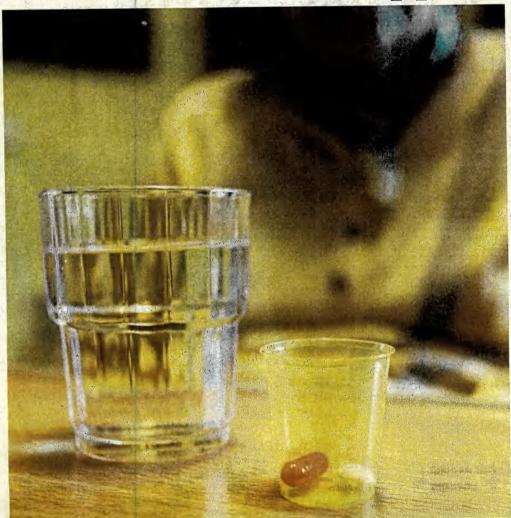
Ab sofort will das Gericht jedes Jahr eine Pillen-Liste sehen

Das Bild, das sich der Juristin in dem Altenheim bot, war erschreckend: "Die Frau saß im Speiseraum vor einem vollen Teller und konnte nur durch Rütteln aufgeweckt werden", berichtete Reinhard Nemetz, Chef des Münchner Amtsgerichts, gestern.

richts, gestern.
Die Richterin ließ sich den
Medikamentenplan von Anna K. zeigen – er bestätigte ihre
Befürchtungen: Die 81-Jährige
war mit Psychopharmaka ruhiggestellt worden. "100 Milligramm bekam sie pro Tag verabreicht", berichtet Nemetz.
Kein Wunder, dass die Frau vor
ihrem vollen Teller weggedämmert war.

Der Fall Anna K. ist nach Einschätzung von Experten kein Einzelfall. Aus einem Qualitätsbericht der Münchner Heimaufsicht von 2013/2014 (einen aktuelleren gibt es nicht), geht hervor, dass seit 1997 mehr als 51 Prozent aller Bewohner in stationären Pflegeeinrichtungen in München Psychopharmaka verordnet bekamen.

Laut einer anderen Studie (Molter-Bock, 2006) ist die Zahl noch höher: Demnach



Tägliche Dosis: Viele Heimbewohner werden mit Pillen ruhiggestellt. Münchner Richter wollen diese Form der Körperverletzung verhindern. Foto: dpa

mussten 55 bis 56 Prozent der Heimbewohner Psychopillen schlucken. Die Indikation lautete lapidar "Unruhe".

"Das kann man nicht einfach so auf sich berühen lassen", sagt Reinhard Nemetz. Auch wenn der überwiegende Teil therapeutischen Zwecken diene, "belegt die hohe Zahl der Indikationen, dass Heimbewohner auch sedierende Medikationen zur Ruhigstellung erhalten." Und dies ist juristisch gesehen ein Freiheitsentzug.

So will das Amtsgericht ab sofort gegen die verbotenen "Ruhigstellungen" vorgehen:

 Bei jeder Anordnung oder Verlängerung einer Betreuung (15 392 wurden bis Ende 2016 erfasst) will das Gericht über sedierende Medikamente informiert werden.

 Einmal im Jahr muss jeder Betreuer eine Aufstellung aller Medikamente einreichen.

♠ Rechtspfleger prüfen die Listen. Bei Verdacht legen sie diese einem Richter vor. Dieser kann einen Experten mit der Prüfung beauftragen sowie gegen den Betreuer einschreiten.

Für Anna K. hatte der Besuch der ; Richterin nur positive Folgen. Die Juristin veranlasste, dass die Seniorin in ein Pflegeheim verlegt wurde. Nemetz: "Dort bekam sie 75 Prozent weniger Psychopharmaka."



REICHSBÜRGER

Beamte werden bedroht

S ogenannte Reichsbürger haben Gerichtsvollzieher des Münchner Amtsgerichts 2016 mehrmals bedroht und zu erpressen versucht. Sie drohten etwamit hohen Schadenersatzforderungen, wenn die Beamten Bußgelder oder Rundfunkgebühren eintreiben wollten. Die Gerichtsvollzieher erstatteten 27 Strafanzeigen. Das Personal wurde extra geschult.

Insgesamt ist die Zahl der Strafverfahren am Amtsgericht 2016 um knapp 8,74 Prozent gestiegen, bei Bußgeldverfahren um 9,46 Prozent, sagte Präsident Reinhard Nemetz gestern bei der Jahrespressekonferenz.

Statistiken über die Nationalität von Tätern führt das Gericht nicht. Nach Einschätzung von Jugendrichtern beträfen zehn bis 20 Prozent aller Jugend-Verfahren unbegleitete minderjährige Flüchtlinge. Aber, erläuterte Nemetz: "Alle Kriminologen sagen, dass Straftaten in dieser Altersgruppe generell hoch sind – unabhängig von der Herkunft."

2016 schickten die Richter zudem mehr Verdächtige in U-Haft (plus 300). Das liege an vielen Festnahmen von afrikanischen Drogenhändlern am Hauptbahnhof. Auch die Zahl an Diebstählen und Hehlerei sei hoch. Mehr als 1300 Flüchtlinge nahmen 2016 an Rechtsbildungskursen teil. job